



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

γ.: Brief aus Schwaben.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

des Reichs zerfallen sein, es galt, den Mechanismus zu erhalten, um mittels desselben im eigenen Interesse zu operiren. So im deutschen Reich, so im deutschen Bund. Es ist wahr, Preußen hat oft den Bund mißachtet, wie Friedrich der Große nach der Ansicht mancher das Reich mißachtete; aber wie dieser einen staatlichen Organismus an die Stelle abgelebter und zerbröckelnder Elemente setzte, so bietet Preußen mit Parlament und Reform Mittel zu gesunder Neugestaltung. Es ist kein preussischer, sondern ein österreichischer Historiker, und ein gut österreichisch gesinnter, der von der Zeit nach dem Interregnum schreibt: „Wenn schon das Reich selbst zu keiner vollkommeneren Regierung, zu keiner einheitlichen Gestaltung, zu keiner durchgreifenden inneren Verbesserung kam, so bot es noch durch Jahrhunderte den bequemen Steigbügel dar, um hoch zu Ross mit erobernder Hand Länder zu erwerben und Dynastien zu gründen. Jetzt war es Rudolf, der im Sattel saß.“ Die Zeiten sind freilich vorüber; heut gilt es für Habsburg nicht mehr, „Länder zu erwerben und Dynastien zu gründen“; man wirft wohl noch einen lüsternen Blick auf eine ehemals besessene Provinz, im Ganzen aber begnügt man sich in seiner „Aneignung“, das Bestehende zu erhalten. Wir aber wissen, daß Deutschland am Bestehenden krankt, und daß wir nicht gesund werden ohne Erneuerung.

D.

Brief aus Schwaben.

Einen hervorragenden Antheil der Schuld, wenn es zum inneren Bürgerkrieg in Deutschland kommen sollte, wird man einst den württembergischen Staatslenkern zuerkennen müssen. In Württemberg, wie in Nassau und Großherzogthum Hessen, ist die unbedingte Neigung zu Oestreich sehr früh und in sehr provocatorischer Weise zu Tage getreten. Schon seit Anfang März, also noch vor dem geheimen österreichischen Rundschreiben vom 16. März, fing das officiële Organ der württembergischen Regierung an eine Sprache gegen Preußen zu führen, die in einem Regierungsblatt gradezu unerhört war. Mit den heftigen Ausfällen auf die preussische Regierung wie auf das preussische Volk verband sich bald ein widerliches Kokettiren mit dem Ausland, eine Rheinbündelei,

an der nur dies auffiel, wie ungescheut und unbefangen sie sich hervorwagte. Die Neutralität wurde im Staatsanzeiger bald lächerlich gemacht, bald als Verrätherei gebrandmarkt. Im Anfang mochte man glauben, daß nur das beruhigende Bewußtsein, in der Verborgenheit der süddeutschen Ecke sich in einer gefahrlosen Lage zu befinden, den Muth zu jener renomnirenden Sprache eingegeben habe. Allein seitdem es ruchbar wurde, daß schon im März Württemberg einen östreichischen General zum Befehlshaber des achten Armeecorps designirte, war kein Zweifel, daß es sich um eine systematische Bearbeitung der Volksmeinung gehandelt und die Regierung ihre Partei genommen hatte. Der Widerstand des friedfertig gesinnten Königs wurde eben mit Hilfe des Prinzen Alexander von Hessen überwunden. Gleichzeitig wirkte die Königin Olga am St. Petersburger Hofe gegen Preußen. Es erfolgten die ersten kriegerischen Maßnahmen, und wenn diese auch noch sehr bescheiden waren und die Beschwerdennote des Grafen Bismarck nicht rechtfertigen konnten, so war dafür ihr Sinn um so weniger mißverständlich. Selbst die württembergische Thronrede zeigte eine schärfere Nuance als die übrigen. Man befeiligte sich in Stuttgart offenbar mit Absicht einer lebhaften Sprache, um auf die Entschlüsse Badens und Bayerns zu drücken.

Leider hat die Landesvertretung die östreichische Politik der Regierung gebilligt, und die Kammer hat damit nur der weit vorherrschenden Stimmung im Lande Ausdruck gegeben. Warum die peinliche Thatsache verschweigen? Der Krieg gegen Preußen ist populär. Man hat zwar seiner Zeit, als die Resolutionen gegen den Bruderkrieg ihren epidemischen Rundgang machten, gleichfalls ein entsprechendes Contingent dazu gestellt. Aber man wollte damit nur seinen Abscheu vor der aggressiven Politik des berliner Hofes ausdrücken. Als die Frage der Betheiligung am Krieg dem eigenen Land näher rückte, hörte man wenig mehr von Bedenken gegen den Bruderkrieg. Man schien nicht zu empfinden, daß in Preußen so zu sagen auch eine Art deutscher Brüder wohnt. Man dachte noch weniger daran, daß der Krieg der beiden Großmächte erst durch die Theilnahme der andern deutschen Staaten zu einem wirklichen Bruderkrieg wird. Die Verbrüderung zwischen der Regierung und der radicalen „Volkspartei“ trug jetzt ihre Früchte. — Einen Augenblick hatte die letztere die Parole ausgegeben, diesem Ministerium „keinen Mann und keinen Gulden“ zur Verfügung zu stellen. Aber man kam rasch von dieser Verirrung zurück, und was gestern noch mit Fettschrift als Programm der Volkspartei proclamirt worden war, galt heute schon als schwarzer Verrath. Die Union der Officiellen und der Radicalen war vollständig, Staatsanzeiger und Beobachter waren Zwillingbrüder geworden und behandelten sich mit einer Courtoise, die nicht mehr überraschen konnte.

Diese Stimmung beherrschte auch die Kammerverhandlungen über die von der Regierung verlangten Mittel zum Krieg. Schon der Commissionsbericht hatte es verschmäht, seinen Antrag hinter allgemeine Phrasen vom bedrohten Frieden und verletzten Bundesrecht zu verstecken: er hatte unumwunden den Feind bezeichnet, gegen welchen die Gelder verlangt werden und zu verwilligen seien. Gemäßigter die einen, heftiger die anderen, bewegten sich die meisten Reden in demselben Ideengang: daß Preußen das Unrecht vertrete, Oestreich das Recht, und daß man diesem beistehen müsse, um jenes niederzuwerfen. Man hielt sich einzig an den Ausgangspunkt und Anlaß des Streits: an das Recht der Herzogthümer und das Recht des Bundes, weiter reichte der Horizont nicht, das politische Moment eines Kampfes zwischen Preußen und Oestreich, seine nationale und culturgeschichtliche Bedeutung wurde kaum berührt. Ganz gelegen war es, daß noch unmittelbar vor der Debatte die östreichische Erklärung am Bund vom 1. Juni eintraf. Jetzt war es ja mit Händen zu greifen, daß Oestreich das Recht der Herzogthümer und des Bundes vertritt, und ein Mitglied der Prälatenbank ertheilte dem reuigen Sünder feierlich die Absolution. Indessen stand auch ohne diesen willkommenen Schritt des wiener Cabinets keine andere Abstimmung zu erwarten.

Diese Strömung war so stark, daß sie auch diejenigen Mitglieder, die im Allgemeinen auf dem Standpunkt des Abgeordnetentags standen, in eine unsichere Stellung brachte. Das Wort Neutralität wagte niemand auszusprechen, sie war ja feiger Verrath. Die wenigen Redner dieser Seite beschränkten sich auf die Warnung mit Oestreich durch Dick und Dünn zu gehen, auf die Erinnerung an die gleichmäßige Verschuldung, welche beide Großmächte für den jetzigen Conflict treffe. Nur Römer, der vom Vater gelernt hat, sich um die aura popularis nichts zu kümmern, trat offen für Preußen in die Schranken, das in einem Kampf mit dem k. k. Völkergemisch, was auch die Sünden seiner Regierung seien, die deutschen Interessen vertrete. Selbst Hölder zog sich vorsichtig auf den Standpunkt des Bundesrechts und der Bundespflicht zurück und unterwarf sich damit der Autorität einer zufälligen Bundestagsmehrheit. Andere stellten die Forderungen einer Bundesreform, eines Parlaments, einer Coalition der Mittel- und Kleinstaaten voran. Dabei handelte es sich selbstverständlich immer nur von dem idealen Parlament in Wolkenkuckucksheim. Daß von Preußen das Angebot eines Parlaments vorliegt, schien niemand zu wissen. So unbequem ist dieser Vorschlag denen, die bisher in unzähligen Resolutionen Parlament und nichts als Parlament für die Panacee erklärt hatten, daß sie ihn ignoriren oder in demselben Athem, in dem sie das Parlament fordern, das Angebot desselben als Hohn und Spott mit Entrüstung zurückweisen. Eine schwäbische Volksversammlung hat vor einiger Zeit die sinnreiche Resolution gefaßt, daß das

deutsche Volk den preußischen Parlamentsantrag „mit Ironie“ zurückzuweisen habe.

Den ungünstigsten Eindruck hat das Auftreten des Ministers von Barnbüler gemacht. Schon in der Commission war die fast leichtfertige Art aufgefallen, mit der er eine so ernste Sache behandelte. Seine Rede in der Kammer, mehr noch der scherzende plaudernde Ton, in dem sie sich bewegte, die Witzelien, welche sie durchzogen, das mehr als ungezwungene äußere Benehmen des Redners überraschten selbst die österreichische Partei, und wenn nicht die Stimmung der Kammer schon im Voraus so entschieden gewesen wäre, hätten die chevaleresken Allüren der Excellenz das Gefühl der Verantwortung und das Bewußtsein der Gefahr wachrufen müssen, die Mittel des Staats bedingungslos in diese Hände zu legen. Die Kammer selbst machte freilich den Eindruck, als ob ihr der volle Ernst der Lage noch nicht aufgegangen sei. Es war, als ob sie sich noch immer im Stadium der ungefährlichen Resolutionen glaubte, als ob es sich um ein Rechtsgutachten, nicht um die Einleitung zu brudermörderischer That handelte. Fast scheint es, nachträglich sei die Kammer doch über die verhängnißvolle Tragweite ihrer Beschlüsse stuzig geworden. Der erste Gesetzesentwurf, die Geldmittel betreffend, wurde mit allen gegen nur 8 Stimmen genehmigt. Mit dem zweiten Gesetzesentwurf, der das lebendige Material, die drei Aufgebote der Landwehr dem Kriegsminister zur Verfügung stellte, konnte die Regierung nicht durchdringen. Die Kammer verwilligte nur zwei Aufgebote und es fand sich sogar die beträchtliche Minderheit von 31 Stimmen, welche nur ein Aufgebot bewilligen wollte. Die Minderheit hatte dabei den Gedanken, die Regierung, sobald der Krieg größere Dimensionen angenommen, dazu zu nöthigen, wieder an die Stände sich zu wenden, und diesen somit einen Einfluß auf den Gang der Regierungspolitik zu sichern. Es lag darin ein Mißtrauen. Wir fürchten, es war nur allzubegründet.

7.

Mit **Nr. 27** beginnt diese Zeitschrift ein **neues Quartal**, welches durch alle **Buchhandlungen** und **Postämter** zu beziehen ist.

Leipzig, im Juni 1866.

Die Verlagsbandlung.

Verantwortlicher Redacteur: **Gustav Freytag**.

Verlag von **F. L. Herbig**. — Druck von **C. C. Elbert** in Leipzig.